

Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 23. August 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-33-0014

Verwaltungslotsen

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.08.2011 -

Verwaltungslotsen

Eine Studie der Arbeitsgruppe ‚Amicus‘ der Hochschule RheinMain zu der Lebenssituation von älteren Migrantinnen und Migranten im Westend und in Biebrich hat u.a. sichtbar gemacht, dass bei anstehenden Behördengängen über die Zielsetzungen und insbesondere über das Procedere solcher Vorhaben (einschlägige Rechtsgrundlagen, erforderliche Antragsformulare, zuständige Anlaufstelle in der Verwaltung etc. etc.) häufig völlige Unklarheiten und Ratlosigkeiten bestehen. **Nach allgemeiner Erfahrung beschränkt sich diese Unsicherheit im Umgang mit behördlichen Stellen keineswegs auf (ältere) Menschen mit Migrationshintergrund.** Es handelt sich vielmehr um ein allgemeines Problem. Ängste, Sprachschranken und Unsicherheiten im Umgang mit Amtsstellen sind weit verbreitet. Eine Lösung dieses Problems liegt in der Einrichtung eines ehrenamtlich organisierten Beratungsdienstes, welcher mittels seines niedrigschwelligen Angebotes Zugangs- und Berührungängsten zuvor kommt. Die Verwaltungslotsen sollen u.a. aus dem Kreis engagierter Bürgerinnen und Bürger sowie aus engagierten ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes im Ruhestand rekrutieren werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. einen regelmäßigen Beratungsdienst für potentielle Behördenbesucherinnen und -besucher einzurichten,
 - b. der von ehrenamtlichen Beraterinnen und Beratern besetzt wird
 - c. die Beratung dezentral zu organisieren und
 - d. dafür zu sorgen, dass dieser gebührenfreie bzw. kostenlose Beratungsdienst von ‚Verwaltungslotsen‘ nach seiner Einrichtung in geeigneter Weise der Wiesbadener Bevölkerung bekannt gemacht wird.
2. Dabei ist eine Kooperation mit dem Projekt ‚Bürgerkolleg‘ anzustreben.

Beschluss Nr. 0056

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 16.08.2011 betr.

Verwaltungslotsen

wird in folgender Fassung angenommen:

1. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. einen regelmäßigen Beratungsdienst für potentielle Behördenbesucherinnen und -besucher einzurichten,

- b. der von ehrenamtlichen Beraterinnen und Beratern besetzt wird
- c. die Beratung dezentral zu organisieren,
- d. dafür zu sorgen, dass dieser gebührenfreie bzw. kostenlose Beratungsdienst von ‚Verwaltungslotsen‘ nach seiner Einrichtung in geeigneter Weise der Wiesbadener Bevölkerung bekannt gemacht wird und
- e. möglichst darauf zu achten, dass Sprachbarrieren überwunden werden.

2. Dabei ist eine Kooperation mit dem Projekt 'Bürgerkolleg' anzustreben.

(Ziffer 1. e) ergänzt, Änderungsantrag von Linke&Piraten am 23.08.2011)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2011

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2011

1. Dezernat VII i. V. m. Dezernaten I/10, II, III, IV, V und VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:

Dezernat I/10

Dezernat II

Dezernat III

Dezernat IV

Dezernat V

Dezernat VI

mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister